

April 2009

Schon seit langem hat die Welt keine Wirtschaftskrise mehr erlebt, die in ihren Ausmaßen mit der derzeitigen Krise vergleichbar wäre. Es besteht die Gefahr, dass diese Krise – die schwerwiegender ist als die Krise in den 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts, als das Gebiet der ehemaligen Sowjetunion und Asien insgesamt noch eine marginale Rolle im Welthandel spielten – sich nicht nur auf die Entwicklungs- und Wachstumsaussichten des nächsten Jahrzehnts, sondern auch der nächsten Generation auswirken wird. Diese Krise geht ursächlich auf den *Laissez-faire*-Liberalismus der Regierungen, die spekulativen Auswüchse und die wirtschaftlichen und finanziellen Ungleichgewichte zurück, die sich in den 90er Jahren als neues Modell der Weltwirtschaft etabliert hatten, und könnte sich zu einer Katastrophe für Europa ausweiten.

Ganz offensichtlich haben die politische Klasse und die öffentliche Meinung in den europäischen Ländern kaum Lehren aus den geschichtlichen Erfahrungen gezogen. Die Initiativen, mit denen die verschiedenen Länder versuchen, die Wirtschaft vor dem Kollaps zu retten und die Gesellschaft vor chaotischen Zuständen zu bewahren, sind heute genau so wie vor nahezu einem Jahrhundert weit davon entfernt, die Krise zu lösen; sie scheinen sie vielmehr noch zu verschlimmern. Ungeachtet der großen Fortschritte auf dem Weg zur europäischen Integration zielen die Maßnahmen, die ergriffen werden, tendenziell in erster Linie darauf ab, einzelne nationale Partikularinteressen zu verteidigen; daher werden sie sich letzten Endes gegenseitig blockieren und miteinander kollidieren. Sie werden neue handelspolitische und politische Spannungsherde zwischen den Staaten schaffen, dem Protektionismus Nahrung geben und die etwaige Wiederbelebung der Zusammenarbeit und der Entwicklung mit Misstrauen begleiten. Unweigerlich geraten überall die Gesellschaft, die Industrieproduktion und selbst die Demokratie in ihrer Organisation ins Wanken. Die Europäer scheinen sich damit abzufinden, die weitreichenden Auswirkungen der gegenwärtigen Krise über sich ergehen zu lassen, nachdem sie zuvor ohnmächtig zugeschaut haben, wie die Keime dieser Krise gelegt wurden.

* * *

Zwar spüren die meisten Menschen, dass es ganz auf das Ausmaß der Antwort auf die Krise ankommt; sie finden jedoch keinen Ausweg aus der Sackgasse, in der Europa sich befindet. Es besteht ein offenkundiges Missverhältnis zwischen den gigantischen Programmen, die von den USA und China auf den Weg gebracht wurden, und den Programmen, mit denen die einzelnen europäischen Staaten – wie auch die Europäische Union – versuchen, sich vor den Auswirkungen der Rezession, des Zusammenbruchs der Produktion und des Rückgangs des Welthandels zu schützen. Auch die USA und China können die globale Krise nicht alleine lösen, sie verfügen jedoch über robustere Mechanismen, um sich vor den Auswirkungen der Krise zu schützen: Nüchtern betrachtet können sie zumindest auf den jeweiligen kontinentalen Binnenmärkten die Neuausrichtung des Wirtschaftswachstums planen – die USA im Sinne einer radikalen Konsumwende im ökologischen Sinne, China im Sinne einer radikalen Konsumwende schlechthin –, während die Europäer, die untereinander uneins sind, einfach nicht über die dafür erforderlichen Institutionen verfügen. Sicherlich ist es kein Zufall, dass die Konjunkturprogramme der USA und Chinas das jeweilige BIP bereits um 5% übersteigen und sich auf eine Wirtschafts- und Haushaltspolitik stützen, die mit den von Washington und Peking verfolgten Zielen im Einklang stehen. Demgegenüber gibt es kein wirkliches europäisches Programm, vielmehr eine ganze Liste einzelstaatlicher Programme, die in ihrem Gesamtumfang nur die Hälfte des amerikanischen Programms ausmachen. Was jedoch noch stärker zu denken geben sollte, ist der Umstand, dass in der Eurozone, d. h. dem Gebiet mit den europäischen Staaten, die sich für eine verstärkte wirtschaftliche und währungspolitische Integration entschieden haben, die Initiativen zur Rettung von Banken und Unternehmen und die wirtschaftspolitischen Maßnahmen nach wie vor höchst unterschiedlichen einzelstaatlichen Politikkonzepten folgen. Dies geht so weit, dass sogar die Grundsätze, auf denen der gemeinsame Markt und die Wirtschafts- und Währungsunion beruhen, gefährdet sind.

Drei paradoxe Phänomene kennzeichnen diese Situation. Das erste besteht darin, dass die Erweiterung der Europäischen Union eine "Euroisierung" der Märkte und der Banken in den mittel- und osteuropäischen Ländern bewirkt hat, die aufgrund der Krise und des Fehlens einer europäischen Regierung deutlich gemacht hat, dass die wirtschaftlichen Maßnahmen nur sehr begrenzten Wert haben, weil sie außerhalb eines kohärenten politischen Rahmens initiiert wurden. Gegenwärtig müssen die Mitgliedstaaten der Eurozone nicht nur den Auswirkungen der Krise im Innern begegnen, sie laufen auch Gefahr, vom Zusammenbruch der Länder mitgerissen zu werden, denen sie ihr Vertrauen geschenkt, in denen sie umfangreiche Investitionen getätigt und auf die sie

gesetzt hatten, um das Gebiet des gemeinsamen europäischen Marktes nach dem Ende des Kalten Krieges friedlich zu erweitern. Das zweite Paradoxon ist darin zu sehen, dass die geringe Attraktivität des europäischen Wertpapiermarktes – der häufig in hohem Maße aufgesplittert und von den einzelstaatlichen Politiken abhängig ist – und das zunehmende Misstrauen gegenüber den Börsen die privaten und institutionellen Investoren dazu veranlassen, sich in den Erwerb von US-Schatzanleihen zu flüchten und somit den Dollar und die Wirtschaftspolitik gerade des Landes zu stützen, in dem sich das Epizentrum der Krise befindet. Das dritte Paradoxon betrifft die Widersprüchlichkeiten im Zusammenhang mit der europäischen Währung. Während der Finanzkrise war der Euro für viele Länder ein vortreffliches Mittel zum Schutz vor Währungsstürmen, die andernfalls ihre nationalen Währungen und Volkswirtschaften erfasst und mitgerissen hätten, wie dies in einer nicht allzu fernen Vergangenheit der Fall war. Da jedoch der währungspolitische Hebel für sich alleine genommen nicht ausreicht, um die Krise anzugehen und zu meistern, hat das Fehlen supranationaler Institutionen, die geeignet sind, eine einheitliche und kohärente Wirtschaftspolitik auf europäischer Ebene zu gewährleisten, insofern verheerende Auswirkungen, als es die mögliche schwache Reaktion der Mitgliedstaaten zusätzlich lähmt und eine starke und effiziente gemeinsame Antwort der Europäer verhindert. Tatsache ist, dass weder die Europäische Union noch die Eurogruppe ein Staat ist – worauf sowohl der Präsident der Eurogruppe, Jean-Claude Juncker, als auch der Präsident der EZB, Jean-Claude Trichet, mehrfach hingewiesen haben; deshalb können die Europäer in diesem Rahmen keine föderalen Strategien entwickeln, sondern sich lediglich darum bemühen, das derzeitige Maß an Zusammenarbeit unter großen Schwierigkeiten beizubehalten.

* * *

Angesichts des Umstands, dass die Europäer ganz offensichtlich unangemessen auf die Krise reagieren, und unter Berücksichtigung der marginalen Rolle, die sie auf internationaler Ebene spielen – was wiederum auf dem jüngsten G20-Gipfel in London deutlich geworden ist –, sind viele Stimmen laut geworden, die eine engere politische Integration Europas zumindest innerhalb der Eurozone fordern. Einige haben verlangt, die Emission von Eurobonds in Europa in die Wege zu leiten, um auf diese Weise den Anstieg der Staatsausgaben abzustützen. Andere haben die Schaffung einer für die wirtschaftlichen Belange zuständigen europäischen Regierung ins Spiel gebracht. Es handelt sich hier um Vorschläge und Forderungen, die – würden sie tatsächlich verwirklicht und umgesetzt – Europa eher in die Lage versetzen würden, eine Antwort auf die Krise zu geben. Das Problem besteht allerdings darin, dass diese Vorschläge und Forderungen innerhalb eines Rahmens, in dem die Bereiche Steuern, Haushalt und Wirtschaft nach wie vor unter die Souveränität der Nationalstaaten fallen, realistischerweise nicht weiterverfolgt werden können. Ganz zu schweigen von dem Umstand, dass in dem Maße, in dem auch die Außen- und die Verteidigungspolitik fest in der Hand der nationalen Regierungen verbleiben, die einzelnen Staaten sich unweigerlich dazu veranlasst sehen, ihre Ausgaben in diesen für den Staatshaushalt so wichtigen Bereichen zu steigern, die wiederum, gerade weil sie unterschiedliche nationale Interessen und Bestrebungen stützen und fördern, damit auch potenzielle Konflikte schüren.

Dies bedeutet, dass man, soll aus der gegenwärtigen Krise die Chance erwachsen, Europa neuen Schwung zu verleihen und seine Rolle neu zu beleben, zur Kenntnis nehmen muss, dass die Europäer heute vor der Wahl stehen, entweder unter großen Schwierigkeiten einen zerbrechlichen Kooperationsrahmen zu verteidigen, der sich auf die freiwillige Übernahme gemeinsamer Regeln stützt – in dem die Staaten jedoch die Kontrolle über jedwede gemeinsame Institution behalten –, oder einen neuen staatlichen Rahmen in Europa zu schaffen, was notwendigerweise eine Initiative voraussetzt, mit der ein Bruch mit der derzeitigen Ordnung der Union vollzogen wird. Es ist in der Tat völlig unrealistisch zu glauben, dass die politische Integration zwischen wenigen oder vielen Staaten vertieft oder eine autonome Macht geschaffen werden kann, die zur Finanzierung gemeinsamer öffentlicher Ausgaben Steuern erheben und Anleihen ausgeben kann, indem einfach *neue Regeln* zur Verbesserung des Kooperationsrahmens der EU eingeführt werden. Dies sind Maßnahmen, die implizieren, dass ein starker politischer Wille zur Einheit vorhanden ist, und die nur im Rahmen der Schaffung eines *Europäischen Bundesstaates* denkbar sind.

Die Verantwortung für einen derartigen Schritt liegt bei den Staaten oder zumindest bei einigen der Staaten, die mithilfe ihrer politischen Klassen und öffentlichen Meinungen als erste das europäische politische Projekt in die Wege geleitet haben; ihnen obliegt es, die Initiative für die Unterzeichnung eines Paktes im Hinblick auf die Gründung des ersten Kerns jenes neuen europäischen Staates zu ergreifen, der offen ist für den anschließenden Beitritt der anderen Mitglieder.

Solange dies nicht geschieht, werden Handlungen, Erklärungen oder Vereinbarungen jedweder Art zwar Zeichen des guten Willens sein und zum Ausdruck bringen, dass dem Ideal der europäischen Einheit und der Eintracht zwischen den Staaten hin und wieder Genüge getan wird; sie werden die Europäer jedoch weder in die Lage versetzen, die Herausforderungen zu bewältigen, denen sie sich gegenübersehen, noch sie vor den sich ankündigenden Katastrophen und den kommenden, vielleicht noch schwereren Krisen schützen.

Publius

Unter der Federführung der Stiftung Mario und Valeria Albertini

Editrice EDIF, via Villa Glori, 8 - I-27100 Pavia - E-mail: publius@euraction.org
Direttore responsabile Elio Cannillo - Autorizzazione Tribunale di Pavia n. 574 del 9 settembre 2002
Stampatore PIME SRL, Pavia - Poste Italiane s.p.a., Spedizione in Abbonamento Postale D.L. 353/2003
(conv. in L. 27/02/2004 n. 46) art. 1, comma 2, DCB Pavia
www.euraction.org